



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 27467

Fax: (0221)

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 09.01.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 12.07.2011, 15:30 Uhr bis 19:06 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Ellen Sänger auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen auf Vorschlag der Seniorenvertretung Ist die Vertreterin von Frau Kleinpaß-Börschel bei der Sitzung am 12.07.2011

Frau Annelie Appelmann doMS e.V.

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region

Frau Maria Hanisch Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Frau Stella Shcherbatova Synagogengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU entschuldigt

Frau Ilse Stibbe auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Karl-Gerhard Bachmann	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers für den Ausschuss Soziales und Senioren
2328/2011

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 5.12 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
05.05.2011
2586/2011

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Anfrage zu TOP 10.2.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel für den Möbelverbund
1875/2011
- 3.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung
2801/2011
- 3.3 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?
2822/2011

3.4 Beantwortung Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
2842/2011

4 Mitteilungen

4.1 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik unter TOP
11.7

4.2 Weißbuch des EU-Projekts AHEAD - "Homophobie? Was tun?"
2116/2011

4.3 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeits-
gemeinschaft Behindertenpolitik
1271/2011

4.4 Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan für Köln
1699/2011

4.5 Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V.
hier: aktueller Sachstand
1831/2011

4.6 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
hier: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik am 10.05.2011 zur Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im
Rat - Sitzung am 07.10.2010 - AN/1796/2010 und Stellungnahme der Verwal-
tung - 0660/2011
2277/2011

4.7 Kölner Netzwerk Bürgerengagement

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner
Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011"
2460/2011

4.8 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation
Aufaktveranstaltung
2380/2011

4.9 Ausstellung "(K)ein Kinderspiel! Leben.Wohnen.Aufwachsen"
2347/2011

4.10 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Empfehlung zur "Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinie-
rungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekte im Amt für Wohnungswesen"
AN/2032/2010 aus der Sitzung am 18.11.2010
2396/2011

- 4.11 Netzwerk gegen häusliche Gewalt/ Jahresstatistik 2010
2402/2011
- 4.12 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2175/2011
- 4.13 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln
100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011
- 4.14 Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln
2539/2011
- 4.15 Nachfrage aus der Sitzung am 05.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine
im Sozialbereich
2052/2011
- 4.16 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2085/2011
- 4.17 Umsetzung des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser; hier: Neubau
von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städti-
schen Grundstücken Wikingerweg 10, 12, 14, 51061 Köln (Höhenhaus) und
Buchholzstr. 20, 51061 Köln (Mülheim)
2332/2011
- 4.18 Bericht des Referats für Lesben, Schwule und Transgender
2096/2011
- 4.19 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011
2680/2011
- 4.20 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010
2627/2011
- 4.21 "Wohndialog Kalk Nord": Vertreter der Wohnungswirtschaft, KALKschmiede*
und die Stadt Köln kooperieren mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnsi-
tuation in Kalk Nord
2532/2011
- 4.22 Folgeprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern
2612/2011
- 4.23 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht
für Mai 2011
2558/2011

4.24 Projekt "CHANCE - Bleiberecht am Rhein - Netzwerk Flüchtlinge und Arbeit in Köln, Bonn, Düsseldorf", im Kontext der 2. Förderrunde des ESF-Programms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge
2624/2011

4.25 Überwachung der Sperrbezirksverordnung im Kölner Süden
2807/2011

5 Wohnen

5.1 Evaluationsbericht 2010 "Wohnen für Hilfe - Wohnpartnerschaften Köln"
2247/2011

5.2 Wohnungsaufsichtliche Maßnahmen in Häusern der Stadtbezirke Porz und Mülheim
2735/2011

5.3 Arbeitsgruppe zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen sieht Erfordernis einer stärkeren Bestands- und Quartiersorientierung; Bereitstellung von preiswertem bzw. preisgebundenem Wohnraum zählt weiterhin zu den wichtigsten Herausforderungen
2604/2011

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
2615/2011

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln
2621/2011

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 7/2011
2654/2011

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Erfahrungsbericht "10 Jahre Straßenstrich Geestemünder Straße in Köln" der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids des Gesundheitsamtes
1845/2011

- 10.1.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung
AN/0909/2011
- 10.2 Aktuelle Anfragen
- 10.3 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?
AN/1370/2011
- 10.4 Instrumentenreform im Rahmen des SGB II
AN/1371/2011
- 10.5 Arbeitsbedingungen und -verträge im Jobcenter Köln
AN/1398/2011
- 10.6 Probewohnen
AN/1394/2011
- 10.7 Kooperation zwischen Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein
AN/1415/2011
- 10.8 Mieterberatung in Chorweiler
AN/1429/2011
- 11 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen****
- 11.1 Verteilung der Fördermittel 2011 - SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit
2323/2011
- 11.2 Interkulturelle Projekte und Integrationsprojekte - Verwendung der Erträge aus
der Kulturförderabgabe im Haushaltsjahr 2011
2136/2011
- 11.3 Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen gem. § 141 Baugesetz-
buch für Köln Chorweiler-Mitte
2538/2011
- 11.4 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgen-
der
2681/2011
- 11.5 Maßnahmenübersicht zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsver-
pflichtung der Stadt Köln und überplanmäßige Mittelbereitstellung
1891/2011
- 11.6 Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Bürgerhaus Mütze der Mül-
heimer Selbsthilfe Teestube e.V.
2662/2011

- 11.7 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Änderung des § 2 Abs. 1 Nr. 1b
1580/2011
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers für den Ausschuss Soziales und Senioren 2328/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt für die Nachfolge von 12.07.2011 bis 2014 Herrn Dr. Robert Becker zum Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln zuletzt: TOP 5.12 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.05.2011 2586/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Anfrage zu TOP 10.2.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel für den Möbelverbund 1875/2011

Frau Hoyer fragt an, ob Unterlagen aus den Gesprächen mit der Verwaltung und dem Möbelverbund vorliegen.

Frau Reker antwortet, dass Unterlagen vorliegen, diese aber nicht so Aussage kräftig sind, um eine Bewertung vornehmen zu können. Die Verwaltung legt die Bewertung in der nächsten Sitzung vor. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation der dem Möbelverbund angeschlossenen einzelnen Träger der Möbellager hat das Jobcenter kurzfristige Hilfen in Aussicht gestellt (durch entsprechende Prioritätensetzung im Rahmen des Budgets).

3.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung 2801/2011

Als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung.

**3.3 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?
2822/2011**

Als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung.

**3.4 Beantwortung Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
2842/2011**

Als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung.

4 Mitteilungen

4.1 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik unter TOP 11.7

**4.2 Weißbuch des EU-Projekts AHEAD - "Homophobie? Was tun?"
2116/2011**

Hr. Dr. Schulz regt an, das Protokoll der LST-Stadt AG Sitzung den Ausschussmitgliedern Soziales und Senioren dem Protokoll anzufügen.

Frau Lüttig erläutert, dass die Stadt Köln Projektpartner dieses Projektes sei, aber erstaunlich wenig in dem Weißbuch Erwähnung findet. Dies soll nicht negativ erscheinen, da Deutschland sich mit diesem Thema, im Vergleich zu anderen Ländern, in einer privilegierten Position befindet. Zusätzlich stellt

Frau Lüttig die Frage, wann die Studie zu den Regenbogenfamilien in Köln diesem Ausschuss vorgestellt wird.

Frau Reker antwortet, dass diese Studie in der nächsten Sitzung vorgestellt wird und gemeinsam mit Dezernat IV eine gemeinsame Pressearbeit geplant sei.

Zum Weißbuch schließt sich eine kontroverse Diskussion an.

Das Protokoll ist als Anlage beigefügt. Der TOP soll in der folgenden Sitzung erneut auf die Tagesordnung.

**4.3 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
1271/2011**

TOP wird nicht behandelt, da er bereits in der Sitzungen vom 17.03.2011 abschließend besprochen wurde.

**4.4 Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan für Köln
1699/2011**

Herr Ladenberger erläutert, dass es zu dem Thema keinen neuen Sachstand gibt. Das Thema war bereits am 05.05.2011 auf der Tagesordnung.

**4.5 Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V.
hier: aktueller Sachstand
1831/2011**

Gemeinsam mit TOP 3.1 besprochen.

**4.6 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
hier: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemein-
schaft Behindertenpolitik am 10.05.2011 zur Anfrage der Fraktion Die
Linke.Köln im Rat - Sitzung am 07.10.2010 - AN/1796/2010 und Stellung-
nahme der Verwaltung - 0660/2011
2277/2011**

Frau Schmerbach erläutert, dass sie die Ergebnisse erschreckend findet. Weder bei Köln Tourismus noch bei den Kliniken der Stadt Köln würden die vorgeschriebenen 6 % der Mitarbeiter bei Menschen mit Behinderung eingehalten.

Sie fragt an, ob mit der beigefügten Liste nur die Beschäftigten oder auch die Auszubildenden aufgelistet sind.

Frau Reker antwortet, dass die Fragen an die jeweilige Fachverwaltung weitergeleitet und zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Zusätzlich möchte Frau Schmerbach wissen, ab welchem Prozentsatz ein Mensch als schwerbehindert eingestuft wird.

Die Rechtsgrundlage ist folgende:

Sozialgesetzbuch (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

§ 71 SGB IX Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) Private und öffentliche Arbeitgeber (Arbeitgeber) mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Sinne des § 73 haben auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Dabei sind schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen. Abweichend von Satz 1 haben Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich weniger als 40 Arbeitsplätzen jahresdurchschnittlich je Monat einen schwerbehinderten Menschen, Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich weniger als 60 Arbeitsplätzen jahresdurchschnittlich je Monat zwei schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen.

Zur 2. Nachfrage von Frau Schmerbach kann ich Ihnen mitteilen, dass "schwerbehindert" i.S. des SGB IX ein Mensch ist, wenn bei ihm ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt... (vgl. "2 Abs.2 SGB IX).

4.7 Kölner Netzwerk Bürgerengagement

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011" 2460/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Broschüre zur Kenntnis. Der TOP soll jedoch in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung kommen.

4.8 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation Auftaktveranstaltung 2380/2011

Frau Gärtner regt eine Einbindung mit weiteren Institutionen (insb. dem Landschaftsverband) an.

Frau Reker erwidert, dass mit dem Landschaftsverband bereits eine enge Kooperation besteht.

4.9 Ausstellung "(K)ein Kinderspiel! Leben.Wohnen.Aufwachsen" 2347/2011

Herr Dr. Schulz lobt die Verwaltung für die geleistete Arbeit. In Zukunft solle man bei der sozialräumlichen Arbeit genauer hinsehen, damit die Wohnraumverhältnisse in Köln weiter optimiert werden.

Herr Helling führt aus, dass in Köln verstärkt Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen gebaut und stigmatisierte Wohngebiete weiter aufgewertet werden müssen. Dabei solle die ganzheitliche Armutsbekämpfung bei weiteren wohnungspolitischen Beschlüssen im Focus bleiben.

4.10 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hier: Empfehlung zur "Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekte im Amt für Wohnungswesen" AN/2032/2010 aus der Sitzung am 18.11.2010 2396/2011

Frau Gärtner findet das Projekt gut, stellt aber fest, dass es (u.a. wegen der Finanzierung) schwierig sei weitere Projekte zu entwickeln. Sie stellt folgende Fragen:

Wie groß ist die Nachfrage? Wie genau sind die Ziele definiert und wo kann man diese Ziele nachlesen? Wie groß ist der tatsächliche Bedarf in Bezug auf die Nachfrage?

Erst bei Klärung dieser Sachlagen könne man überhaupt über neue Arbeitsstellen in diesem Bereich sprechen. Generell gebe es zu diesem Themenfeld zu wenige Informationen.

Herr Schleicher stellt fest, dass dieses Projekt wichtig ist und sich auch weiterhin eine gute Entwicklung abzeichnet. Trotzdem sei die Gruppenbildung bei diesen Projekten

schwierig und es können nicht die Erfolgszahlen gemeldet werden die man sich erhofft habe.

Herr Helling vertritt die Auffassung, dass die Empfehlung der Stadt AG nicht nur in die Haushaltsplanberatungen verwiesen werden sollte. Vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Mittel nicht aus dem Sozialetat für Stadtentwicklung gekommen seien, sollte eine Mitteilung an den Stadtentwicklungsausschuss erfolgen. Dies erhöhe die Aussichten, dass entsprechende Haushaltsmittel in 2012 bereit gestellt würden.

Herr Helling stellt die Frage, ob diese Art der Förderung eine erfolgreiche Förderung darstellt oder ob sie sogar uneffektiv oder übertrieben sei, da Menschen die Mehrgenerationenhäuser bauen können, ohne tatsächlich eine finanzielle kommunale Unterstützung zu benötigen.

Herr Schleicher erwidert, dass in den Mehrgenerationenhäusern (nur) die Gemeinschaftsräume (zusätzlich) öffentlich gefördert werden. In den letzten 20 Jahren waren dies fünf Projekte. Entsprechende Projekte ohne diese finanzielle Unterstützung kenne er nicht.

Herr Helling regt an, dass diese Thematik mit Ergebnis noch einmal im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden sollte.

Frau Appelman äußert sich positiv, dass dieses Thema weiter diskutiert wird. Alle Wohnprojekte haben einen Gemeinschaftsraum. Die Nachfrage nach diesen Projekten sei vorhanden. Leider gibt es keine entsprechenden Grundstücke und zu wenig Bauherren für Mehrgenerationenhäuser. Es sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, damit auch in 2012 weitere Mehrgenerationenhäuser in Köln gebaut werden.

Frau Schmerbach spricht das Bielefelder Modell an, das über Mehrgenerationenhäuser hinaus geht. Hier werden pflegebedürftige Familienmitglieder, Menschen mit Behinderung integriert. Auch in Köln sollte hinterfragt werden, ob so ein Modell umgesetzt werden kann.

Frau Appelman sagt, dass dies der Ansatz von Ledo sei. Mehrgenerationenwohnen sollte man aber zuerst niederschwellig beginnen und bei Erfolg so ein Projekt weiter ausbauen.

Frau Hoyer erinnert daran, dass über weitergehende Ideen diskutiert wird, aber bestehende Ratsbeschlüsse nicht erfüllt werden. Denn es gelinge noch nicht, dieses Projekt in allen Stadtbezirken umzusetzen. Auch sei das Verhältnis zwischen Bedarf und Nachfrage noch nicht geklärt.

Herr Schleicher spricht von einem aktuellen Wohntrend, der sich mit diesen Projekten auftut. Eine Gemeinschaft entwickelt sich bereits im Vorfeld bei der Planung und Entwicklung. Der Bedarf werde sich weiter steigern. Der Beschluss wird umgesetzt wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Auch über das Bielefelder Modell und eine mögliche Umsetzung werde diskutiert, es sei aber ein anderer Ansatz. Die Entwicklung von Barrierefreiheit, Gemeinschaftsräumen, Krankenwohnungen und Pflegeräumen werde generell vorangetrieben (unabhängig von Mehrgenerationenwohnen und Bielefelder Modell).

Herr Ladenberger bestätigt, dass das Bielefelder Modell einen anderen Ansatz verfolgt. Es gehe um andere Zielgruppen und verschiedene Wahlmöglichkeiten für Menschen, die einen Hilfebedarf haben.

Frau Harrer befürwortet, solche Diskussionen mit allen Seniorennetzwerken zu führen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bedankt sich für die Diskussion und bittet, dass den Ausschusmitgliedern die erbetenen zusätzlichen Informationen zu diesem Thema schriftlich mitgeteilt werden.

4.11 Netzwerk gegen häusliche Gewalt/ Jahresstatistik 2010 2402/2011

Frau Hoyer erläutert, dass in dem Bericht die Gewalt von heranwachsenden Söhnen gegenüber Frauen/Müttern als Besorgnis erregendes Merkmal geschildert wird. Die Mütter würden zweimal Opfer häuslicher Gewalt. Einmal von ihrem Ehemann und dann noch von ihren Söhnen. Hierauf sollte in Zukunft einmal das Augenmerk gelegt werden. Zudem sollten im Bericht, nicht nur die Opfer mit Migrationshintergrund, sondern auch die Täter mit Migrationshintergrund ausgewiesen werden.

Frau Reker sichert zu, dass die Fragestellung zur weiteren Bearbeitung an die Fachverwaltung weiter gegeben wird.

Herr Helling bittet für den nächsten Bericht um Ausweitung der Informationen auf Hintergrundsysteme. Gemeint ist insb. die Verzahnung der Interventionsstellen mit den Frauen- und Familienberatungsstellen, die ebenfalls eine wertvolle Betreuungsarbeit leisten.

4.12 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010 2175/2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold führt aus, dass alle drei diesen Ausschuss betreffenden Punkte erfüllt sind.

4.13 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt' 2315/2011

Als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist darauf hin, dass dadurch Gelegenheit besteht, die umfangreiche Broschüre, in der Sommerpause vor erneuter Beratung zu lesen.

4.14 Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln 2539/2011

Frau Lüttig stellt große Lücken bei den Themen psychische Gesundheit bei Migranten und Migrantinnen und bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen fest. Im Bericht klinge an, dass zu diesen Zielgruppen Handlungsbedarf bestehe.

Frau Gärtner sieht die vorbildliche Betreuung bei dem Thema Arbeit. Arbeit gibt den Menschen Selbstwertgefühl, Sinn und finanzielle Unabhängigkeit. Dies müsse weiter gestärkt werden.

Frau Schmerbach unterstützt den Modellvorschlag des LVR, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen sich finanziell etwas dazuverdienen können.

Frau Reker erläutert, dass es sich um einen Bericht handelt, der sich nicht nur mit dem Thema Gesundheit befasst. Der Bericht sei eine Bestandsaufnahme und eine kritische Einschätzung und zeige somit auch Defizite auf, an denen gearbeitet werde. Die Verwaltung sichert zu, weiter über die Schwerpunktthemen berichten.

4.15 Nachfrage aus der Sitzung am 05.05.2011 zur Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich 2052/2011

Frau Hoyer bedankt sich bei der Verwaltung für die Antwort und merkt an, dass es Träger gebe, denen es trotz finanziellen Nöten gelinge, Rücklagen aufzubauen.

Herr Dr. Schulz bedankt sich ebenfalls und stellt fest, dass wohl unterhalb der planmäßigen Personalkosten gearbeitet wurde. Generell würden zu spät gezahlte Finanzmittel Projektträger enorm treffen und die hier erwähnten Rücklagen seien äußerst bescheiden. Früher hätte man diese Form der Arbeit Selbstausschüttung genannt.

Frau Reker führt aus, dass es für die Rücklagen steuerliche Grenzen gibt. Wenn Vereine in diesem Rahmen Rücklagen bilden würden sei sie froh, denn wenn die Vereine es nicht schaffen Rücklagen zu bilden, werde Politik und Verwaltung bei Änderungen von Rahmenbedingungen schnell unter Handlungsdruck gesetzt.

4.16 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 2085/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat die Mitteilung ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

4.17 Umsetzung des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser; hier: Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Wikingergweg 10, 12, 14, 51061 Köln (Höhenhaus) und Buchholzstr. 20, 51061 Köln (Mülheim) 2332/2011

Frau Hollmann fragt Herrn Schleicher, ob die ehemaligen Bewohner der betroffenen Objekte (Obdachlose) in den Neubau einziehen.

Herr Schleicher antwortet, dass erfahrungsgemäß der Anteil der früheren Bewohner die in den Neubau einziehen, bei unter 5% liegt. Dies habe aber den praktischen Grund, dass in der Regel zwischen Ausbau und Wiederbezug eine Zeitspanne von ca.

zwei Jahren liege und die Menschen in der Zwischenzeit anderweitig (dauerhaft) mit Wohnraum versorgt werden müssen. Solange können die Menschen nicht warten.

4.18 Bericht des Referats für Lesben, Schwule und Transgender 2096/2011

Frau Lüttig dankt für den Bericht. Die Schlussfolgerung des Berichtes sei allerdings ein Desaster. Das Referat sei mit 2,5 Stellen vorgesehen und nur eine Stelle sei besetzt. Mit nur einer Stelle können die Zielsetzungen und Erwartungen, die man an dieses Referat stellt, nicht umgesetzt werden. Die Personalausstattung müsse aufgestockt werden. Effektives Arbeiten sei unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Herr Dr. Schulz weist auf den Passus der Internetseite in dem vorliegenden Bericht hin. Die Inhalte entsprächen nicht den üblichen Gepflogenheiten einer Verwaltungsvorlage sondern seien Ausdruck einer PR-Kampagne. Das LST-Referat solle in erster Linie für eine selbstverständliche Anerkennung einer individuellen Lebensweise und einen würdevollen Umgang mit den Personen wirken.

Frau Brauckmann begrüßt die Idee des Referates. Allerdings hätten andere Städte deutlich mehr Ressourcen für ein solches Referat. Der personelle Zustand könne so nicht bleiben.

Frau Gärtner betont, dass der Rat dies beschlossen habe und die Verwaltung solle diesen Ratsbeschluss bitte umsetzen. Die Verwaltung berichte über sich selber und handle sehr halbherzig. Dies sei nicht überzeugend.

Frau Reker erläutert, dass es gute Gründe dafür gebe, wenn Ratsbeschlüsse nicht umgesetzt werden. Man könne dies halbherzig nennen. Die Verwaltung sei in diesem Fall selbstkritisch, habe aber auch die Pflicht, darüber zu berichten.

Herr Paetzold stellt fest, dass der Rat gesagt habe was er will und die Verwaltung habe es nicht in vollem Umfang umgesetzt. Die Verwaltung gebe hierfür keine Gründe an sondern sage selber, sie würde halbherzig arbeiten. Dies sei eine schwierige Situation.

Frau Wilden sagt, dass das Referat haushaltsneutral eingerichtet werden sollte und zieht den Vergleich, Köln sei nicht nur die Hauptstadt der Schwulen sondern auch die Hauptstadt von Aids.

Frau Hoyer fügt ein, dass in Köln viele Menschen in ihrem Leben davon betroffen seien. Deshalb müsse Köln mehr Geld in die Hand nehmen als andere Städte und auch mehr Verantwortung übernehmen. Dies habe der Rat mit seinem Beschluss getan. Sie möchte wissen ob, in Zukunft der Ratsbeschluss umgesetzt und die weiteren Stellen aufgestockt werden.

Herr Paetzold spricht sich für eine Vertagung der Diskussion mit Herrn Rahmfeld zur nächsten Sitzung aus.

Frau Reker macht deutlich, dass man auch mit ihr sinnvoll weiter diskutieren könne, da sie in der Verantwortung stehe und das Referat ihr zugeordnet sei. Aufgrund der Haushalts- und Personalsituation sei es nicht möglich, die Stellen haushaltsneutral zu besetzen.

Herr Helling begrüßt eine strategische Diskussion und erinnert daran, das Köln einige politische Initiativen gestartet habe um „Hauptstadt“ zu werden, z.B. in dem Bereich Internet. Im Kampf der Metropolen müsse sich Köln immer neu behaupten und gut positionieren. Dies sei ein dauernder Konkurrenzkampf. Die Frage der Gleichstellungspolitik sei auch eine Frage von weichen Standortfaktoren. Der Gesichtspunkt, dass die Verwaltung selbstkritisch über nicht umgesetzte Ratsbeschlüsse berichtet, sei nicht nur eine gute Momentaufnahme, sondern absolut notwendig! Ratsbeschlüsse verschwänden immer wieder und die Verwaltung habe die Aufgabe über nicht umgesetzte Ratsbeschlüsse zu berichten. Die helfe klare und transparente Politik zu machen.

Herr Paetzold bekräftigt, dass der Ausschuss keine „Schönwetterberichte“ haben möchte.

Frau Brauckmann äußert hinsichtlich der Wortmeldung von Frau Hoyer, dass es nicht nur eine Frage der Betroffenen sei, es also nicht um Klientelpolitik gehe.

4.19 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011 2680/2011

Frau Gärtner betont, dass es nicht sein könne, dass die Menschen, die vom Köln-Pass profitieren, zukünftig in der Förderung Nachteile erleiden nur weil es das Bildungs- und Teilhabepaket gibt. Selbstverständlich gebe es Überschneidungen der beiden Angebote. Vor diesem Hintergrund bittet Frau Gärtner um die Beantwortung folgender Fragen:

Gibt es Überlegungen in der Verwaltung, die beiden Angebote zu harmonisieren? Wie kann die Stadt Köln Geld einsparen und dann an anderer Stelle für den sozialen Bereich verwenden? Prüft die Verwaltung, ob die (Köln-Pass-) Satzung jetzt geändert werden muss?

Frau Stahlhofen teilt mit, ihr sei bekannt, dass es im Schulverwaltungsamt einen neuen Köln- Pass gebe, der das Bildungspaket mit berücksichtigt und fragt an, ob dieser Köln-Pass eine spezielle Kennung habe.

Frau Reker bejaht dies und erläutert den Hintergrund. Der weitaus überwiegende Teil der Kinder die Köln-Pass berechtigt sind, seien auch berechtigt aus dem BuT-Gesetz Leistungen zu erhalten. Im Rahmen einer Revision werde geprüft werden, wie viel Geld für das Bildungspaket ausgegeben wurde und für diese Revision müsse eine Nachweiskette aufgebaut werden, die insb. einer rechtlichen Prüfung stand halte. Hierbei stelle ein entsprechend gekennzeichnete Köln-Pass sicher, dass jeder Leistungsträger die Abrechnung mit der Stadt über Bildungspaket oder Köln-Pass erhalte. Rechtlich gebe es eine Pflichtleistung (Bildungspaket). Daneben gibt es die freiwillige Leistung Köln-Pass die gesetzliche Leistung deren Nachrang rechtlich abzusichern sei. Das Bildungspaket werde noch nicht so beworben, wie es aus ihrer Sicht nötig wäre. Viele Familien wüssten nicht, dass sie antragsberechtigt sind.

Herr Santelmann ergänzt, dass es nicht nur eine Köln-Pass-Satzung sondern viele Satzungen gebe, die den Köln-Pass berücksichtigen. Die Verwaltung überprüft momentan mit Hochdruck den Änderungsbedarf.

Frau Gärtner betont, dass der Köln-Pass eine freiwillige Leistung sei. Bundesmittel müssten zuerst eingesetzt werden, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Der Rat müsse dies beschließen. Dies sollte so umgesetzt werden, dass sich die Stadt entlastet.

Frau Blümel erläutert, dass der pragmatischste Zugang über die Schulen und Kindertagesstätten möglich sei. Denn dort seien die Menschen, die es betrifft.

Herr Helling hält keinen Ratsbeschluss für notwendig. Politisch gebe es nichts zu beschließen. Die unklaren Angebote des Bildungspaketes müssen optimal genutzt werden. Der Ausschuss müsse der Verwaltung vertrauen, dass sie alles unternimmt, dass möglichst viele freiwillige städtischen Mittel vom Bund refinanziert werden. Eine Kennung auf dem Köln-Pass sei nicht verwerflich, wenn eine Ermäßigung gewährt wird und dann der Träger das Geld von der Kommune zurück erhält.

Frau Stahlhofen sagt, dass viele Rahmenbedingungen bereits umgesetzt seien, aber nicht aktiv darüber berichtet werde.

Frau Reker verspricht eine bessere Berichterstattung und stellt fest, dass alles unternommen werde, damit kein Kind schlechter gestellt wird und alle Eltern deren Kinder einen Köln-Pass besitzen, einen weiteren Antrag für das Bildungspaket stellen. Es würden keine Leistungen verweigert.

Herr Paetzold bittet um den aktuellen Sachstand in der nächsten Sitzung.

Frau Blümel erklärt, dass es zwar ein chaotisches Verfahren in den Schulen gebe, aber es existiert ein Verfahren, durch das kein Kind mehr durch fällt. Die Ansprüche des Köln-Passes gelten mit der Übergangsfrist bis November.

Frau Eggeling fragt nach, ob sich die Anzahl der Anträge erhöht habe.

Frau Blümel beantwortet dies mit ja.

Herr Santelmann dankt den Wohlfahrtsverbänden für ihre geleistete Arbeit und bestätigt, dass sich die Zahl der Anträge deutlich erhöht habe.

4.20 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010 2627/2011

Frau Lüttig fragt nach, ob sich die Arbeit gegen den Sozialmissbrauch lohnt, oder der personelle Aufwand nicht zu groß ist.

Herr Santelmann antwortet, dass der personelle Aufwand bereits reduziert worden sei. Die Verwaltung eine Betrachtung vornehmen und vorlegen.

Herr Dr. Schulz bittet um eine schriftliche Erläuterung zur nächsten Sitzung was im Einzelnen untersucht wurde und ob dies angemessen war.

4.21 "Wohndialog Kalk Nord": Vertreter der Wohnungswirtschaft, KALK- schmiede* und die Stadt Köln kooperieren mit dem Ziel der Verbesse- rung der Wohnsituation in Kalk Nord 2532/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.22 Folgeprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern 2612/2011

Frau Hoyer fragt nach, ob in Zukunft weitere Beteiligungen geplant sind.

Herr Helling möchte wissen, ob der Stadt weitere Anträge vorliegen, die aus dem Bereich der Wohlfahrtsverbände kommen.

Frau Hanisch stellt für die Caritas fest, dass ein Folgeantrag für die Bertramstr. gestellt wird.

Herr Guth erläutert das Problem, dass es seitens der Kommune weder eine Rechtsgrundlage noch eine Haushaltsermächtigung gibt, kommende Anträge positiv zu bescheiden. In 2011/2012 sind keine kommunalen Haushaltsmittel dafür vorgesehen. Bisher handelte es sich um eine 100% Förderung des Bundes. Nun sollen die Kommunen sich mit 25% (dauerhaft) an den Kosten beteiligen, ohne dass sie aktiv in das Verfahren eingreifen können. Dies musste der Politik mitgeteilt werden.

4.23 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011 2558/2011

Die Tagesordnungspunkte 4.23 und 4.25 werden gemeinsam behandelt.

Herr Paetzold lobt die Verwaltung für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung des Ratsbeschlusses. Er berichtet aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses, wo Beschwerden gegenüber dem Ordnungsamt behandelt worden seien. Das Ordnungsamt soll sehr rüde Methoden bei den ansässigen Damen angewendet haben. Der Stadtdirektor gehe den Beschwerden nach.

Herr Krücker bestätigt den extrem hohen Druck, der von Ordnungsbehörden auf die Frauen ausgeübt werde. Die Situation an der Brühler Landstr. habe sich aber deutlich entspannt.

Frau Hoyer hält die Statistik der Platzverweise in Meschenich für unverhältnismäßig.

Herr Helling erläutert, dass es sich bei den Frauen häufig um Drogenabhängige handelt und dadurch die Frauen kaum andere Chancen hätten, als sich zu prostituieren. Er möchte die folgenden fünf Fragen von der Verwaltung schriftlich beantwortet haben.

1. Wieviel Ordnungspersonal wird zusätzlich eingesetzt?
2. An welchen Tagen und mit wie viel Personal sind das Gesundheitsamt und der SKF vor Ort?
3. Gibt es alternative Standorte für die Frauen in Meschenich?
4. Hat die Verwaltung eine verlässliche Finanzierung von der Beratungsstelle Vision geprüft, damit diese Ihre Arbeit kontinuierlich fortsetzen können?
5. Hat die Verwaltung die zulässige Vergnügungssteuer eingefordert?

Frau Burauen stellt fest, dass man den Frauen dauerhafte Hilfen anbieten müsse, damit die ansässigen Bürger und Kinder nicht ständig mit diesem Thema konfrontiert werden.

Herr Tempski erklärt, dass Meschenich ein 24 Stunden-Sperrbezirk ist und Prostitution gar nicht stattfinden dürfte. Dadurch werden Verstöße häufiger festgestellt als an anderen Orten. Es gibt bereits in der Verwaltung eine Arbeitsgruppe die sich mit alternativen Standorten befasst. Das Ordnungspersonal sei nicht erhöht aber konzentriert worden.

Antwort zu Frage 5 liegt inzwischen schriftlich vor:

Unabhängig von der Veränderung des Sperrbezirkes im Kölner Süden ab dem 01.05.2011 werden durch den Ermittlungsdienst des Kassen- und Steueramtes im gesamten Stadtgebiet Köln umfangreiche Ermittlungen bei den Damen und Herren durchgeführt, die den Vergütungssteuertatbestand des Angebotes sexueller Handlungen gegen Entgelt erfüllen.

Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse, weitere Recherchen des Innendienstes sowie die Mitwirkung der Steuerpflichtigen führen seit Einführung des o.g. Tatbestandes zum 07.01.2004 zur Veranlagung.

**4.24 Projekt "CHANCE - Bleiberecht am Rhein - Netzwerk Flüchtlinge und Arbeit in Köln, Bonn, Düsseldorf", im Kontext der 2. Förderrunde des ESF-Programms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge
2624/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.25 Überwachung der Sperrbezirksverordnung im Kölner Süden
2807/2011**

Ist mit TOP 4.23 behandelt worden.

5 Wohnen

**5.1 Evaluationsbericht 2010 "Wohnen für Hilfe - Wohnpartnerschaften Köln"
2247/2011**

Herr Paetzold bedankt sich für die geleistete Arbeit aller Beteiligten und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, wie positiv das Projekt läuft.

**5.2 Wohnungsaufsichtliche Maßnahmen in Häusern der Stadtbezirke Porz und Mülheim
2735/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung auf Vorschlag von Herrn Helling – gegen das Votum von Frau Wilden – darum, auch eine Beratung im Stadtentwicklungsausschuss zu veranlassen.

**5.3 Arbeitsgruppe zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen sieht Erfordernis einer stärkeren Bestands- und Quartiersorientierung; Bereitstellung von preiswertem bzw. preisgebundenem Wohnraum zählt weiterhin zu den wichtigsten Herausforderungen
2604/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

**6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
2615/2011**

Herr Paetzold bittet in Zukunft darum, dass die Vorlagen in einer größeren und damit lesbareren Schrift vorgelegt werden. Weiter bittet er darum, dass Änderungen zu früheren Fassungen gekennzeichnet werden.

Frau Hollmann fragt nach, warum einige Projekte nicht zustande gekommen sind, obwohl der Bedarf dafür da sei.

Frau Lüttig fragt nach wann der Ausschuss mit dem Zeit-Maßnahmen-Plan rechnen kann und ob es einen Stichtag für Projekte gibt. Der Sachstand erschließt sich für sie bei vielen Dingen nicht aus dem vorliegenden Bericht. Sie bittet um eine ausführlichere und genauere Berichterstattung.

Frau Göttgens sagt für die nächsten Berichte zu, dass sie ausführlicher und genauer sind. Für kommende Projekte gebe es keine Stichtage, momentan können noch alle Projekte umgesetzt werden und ihre Wirkung entfalten. Die Vorstellung des Zeit-Maßnahme-Plans sei für eine spätere Sitzung vorgesehen.

Dr. Schulz möchte wissen, ob in Zukunft dem Jobcenter weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und dadurch eventuell einige Handlungsfelder in Gefahr sind.

Herr Müller-Stahlmann antwortet, dass die Finanzierung von Mülheim 2020 nicht durch Mittelkürzungen des Jobcenters betroffen ist.

7 JobCenter Köln

**7.1 Bericht des Jobcenters Köln
2621/2011**

Herr Koch fragt nach, wie mit den Trägern umgegangen wird, wenn das Jobcenter weniger Geld zur Verfügung hat.

Herr Müller-Starmann antwortet, dass die Vereinbarungen, die mit den Trägern geschlossen werden, zeitlich begrenzt sind. Der Umfang der Programme könnte in Zukunft reduziert werden und die Veränderungen würden sozialverträglich mit den Trägern umgesetzt.

Frau Eggeling möchte wissen, warum es trotz der Höhe der Verwaltungskosten so viele befristete Verträge für Mitarbeiter gebe und ob es in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nicht zu wenig Mitarbeiter gibt die eingesetzt würden und ob 11% erledigte Anträge nicht zu wenig seien.

Herr Müller-Starmann antwortet, dass die Trägerversammlung den Haushalt und die Personalausstattung festgelegt hat. Er stimmt Frau Eggeling zu, dass es zu viele befristete Mitarbeiter gebe, die Situation ließe sich jedoch leider nicht ändern.

Frau Stahlhofen fragt, ob sich das Speed-Dating lohne, da die Kosten enorm hoch seien. Ferner möchte sie wissen, was mit den Mitarbeitern des Jobcenters passiere, und wie viele noch in Arbeit sind.

Frau Reker antwortet zum Speed-Dating, dass es auch den Mehrwert einer Schulung der Teilnehmer in einer konkreten Bewerbungssituation habe.

Herr Müller-Starmann kann noch nicht einschätzen, wie viele Personen die einen befristeten Arbeitsvertrag bei einem der Träger des Job-Centers hatten, weiter beschäftigt werden können. Er bekräftigt, dass versucht werde, für alle Betroffenen eine Lösung zu finden.

Frau Schmerbach findet, dass der gesamte bürokratische Aufwand im Zusammenhang mit den Vertragsverlängerungen im Job-Center für alle Beteiligten zu groß sei.

Herr Müller-Starmann pflichtet Frau Schmerbach bei, aber das Verfahren sei geregelt und habe sich bewährt.

Herr Dr. Schulz möchte wissen, ob die Mitarbeiter im Team Bildung und Teilhabe zusätzlich mitarbeiten und (wenn die Stellen bei den Trägern wegfallen) welche Auswirkungen dies auf die Sozialräume hat.

Herr Müller-Starmann antwortet, dass die Mitarbeiter zusätzlich mitarbeiten und noch nicht im Kapazitätsplan abgebildet seien. Zu der zweiten Frage könne er keine Antwort geben.

Frau Reker ergänzt hierzu, dass **die Stadt** als Träger des Jobcenters darauf achte, dass negativen Auswirkungen auf die Sozialräume vermieden werden.

Frau Lüttig möchte den Bericht des Job-Centers in Zukunft um geschlechtsspezifische Auswertungen aller Vermittlungen ergänzt sehen.

Herr Müller-Starmann sagt dies zu.

Herr Kossiski nimmt Bezug auf aktuelle Pressemitteilungen der Träger und entsprechende Presseberichterstattungen. Er habe den Eindruck, dass Kommunikationsstörungen zwischen Stadt und Arbeitsagentur bereits negative Auswirkungen auf Mitarbeiter und Kunden habe.

Frau Reker stellt ausdrücklich fest, die Stadt habe und werde den gemeinsamen Weg von örtlicher Arbeitsagentur und Kommune nicht verlassen.

Herr Ladenberger möchte wissen, ob es im zweiten Halbjahr überhaupt noch Geld für weitere Projekte gibt.

Herr Müller-Stahlmann bejaht dies.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 7/2011 2654/2011

Frau Schmerbach äußert sich, dass der vorliegende Handlungsrahmen umgesetzt und in eine Art Aktions-Inklusionsplan weiterentwickelt werden sollte..

Frau Reinecke erläutert, dass die UN-Konvention das entscheidende Mittel sei um die Inklusion auf allen Ebenen umzusetzen. Hierfür müsse das gemeinsam mit zahlreichen Behindertenorganisationen erstellte, umfangreiche Handlungskonzept nicht angepasst werden.

Für Frau Reker ist das Handlungskonzept ein Aktionsplan. Es müsse nur deutlich werden, dass sich alle von der UN-Konvention geforderten Inhalte darin wiederfinden.

Frau Hanisch hält das Handlungskonzept für eine gute Grundlage, an der es weiter zu Arbeiten gelte.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Erfahrungsbericht "10 Jahre Straßenstrich Geestemünder Straße in Köln" der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids des Gesundheitsamtes 1845/2011

Herr Paetzold dankt der Verwaltung für die umfassende Darstellung.

Frau Gärtner und Herr Dr. Krücker fragen, welche Projektpartner an dem Bericht beteiligt waren und bitten um eine Einschätzung der Projektpartner, da diese nicht aus dem Bericht deutlich wird.

Frau Reker sagt eine schriftliche Antwort zu.

10.1.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung AN/0909/2011

Herr Paetzold schlägt dem Ausschuss Soziales und Senioren vor, die Tagesordnungspunkte 10.1.2, sowie 10.3 bis 10.8 schriftlich im Protokoll beantworten zu lassen. Die Mitglieder des Ausschusses sind einverstanden.

Lag als Tischvorlage unter der Session Nummer 2801/2011 aus.

10.2 Aktuelle Anfragen

**10.3 Wie lassen sich Leistungen aus dem Bildungspaket für alle sichern?
AN/1370/2011**

Lag als Tischvorlage unter der Session Nummer 2822/2011 aus.

**10.4 Instrumentenreform im Rahmen des SGB II
AN/1371/2011**

Das Jobcenter teilt bez. TOP 10.4 mit, dass zu der geplanten Instrumentenreform noch keine ausreichend konkreten Regelungen vorliegen. Es kann daher – auch zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 22.09.2011 – noch keine Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.06.2011 erfolgen.

Das Jobcenter Köln wird die Anfrage beantworten, sobald die Inhalte der Instrumentenreform feststehen, die Auswirkungen für den Kölner Bereich geklärt und die geänderten Planungssätze in der Beschäftigungspolitik mit den beiden Trägern (Agentur für Arbeit Köln und Stadt Köln) abgestimmt sind. Im Planungsprozess werden die politischen Parteien, sowie auch weitere wichtige Beteiligte auf dem Arbeitsmarkt einbezogen.

**10.5 Arbeitsbedingungen und -verträge im Jobcenter Köln
AN/1398/2011**

**10.6 Probewohnen
AN/1394/2011**

**10.7 Kooperation zwischen Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein
AN/1415/2011**



Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle

V/501/111

Vorlage-Nr.:

2829/2011

Unterlage zur Sitzung im

öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	22.09.2011	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Kooperation zwischen der Stadt Köln und dem Mieterverein

Zwischen der Stadt Köln und dem Jobcenter einerseits und dem Mieterverein andererseits gibt es eine Vereinbarung, bei mietrechtlichen Problemen von Leistungsempfängern für ein Jahr deren Mitgliedsbeiträge im Mieterverein zu bezahlen.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Für wie viele Leistungsempfänger werden diese Mitgliedsbeiträge übernommen und wie hoch sind die damit verbundenen Kosten für die Stadt?
2. Welche Einsparungen durch Beratungserfolge (z.B. Reduzierung von Nachzahlungen, Abwehr von Mieterhöhungen, Mietminderungen o.ä.) stehen diesen Kosten gegenüber?
3. Wie hoch ist die Fallzahl der gerichtlichen Auseinandersetzungen nach der Erstberatung?
4. Welchen Umfang nahmen die verschiedenen mietrechtlichen Probleme bei der Beratung ein (z.B. Nebenkostenabrechnung, Wohnungsmängel etc.)?

Antwort der Verwaltung:

Die Zusammenarbeit zwischen dem Mieterverein Köln und der Stadt Köln wurde bereits im Jahr 1995 für den damaligen Berechtigtenkreis nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgenommen.

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse und der guten Zusammenarbeit wurde diese für den Berechtigtenkreis nach dem SGB XII zum 01.01.2005 nach Wegfall des BSHG nahtlos übernommen und zum 01.11.2005 auf den Berechtigtenkreis des SGB II ausgeweitet.

Zu 1: Die Entwicklung der Mitgliedschaften stellt sich seit 2005 wie folgt dar:

Jahr	SGB II / Jobcenter	SGB XII / Amt für Soziales und Senioren
2005	36	54
2006	262	345
2007	268	332
2008	260	314
2009	316	422
2010	517	681
bis 15.07.2011	384	539

Der Jahresbeitrag beträgt derzeit 54,00 €, sodass im Jahr 2010 insgesamt zunächst Kosten in Höhe von 27.918 € im SGB II sowie in Höhe von 36.774 € im SGB XII angefallen sind.

Zu 2. Aufgrund einer stichprobenartigen Auswertung des Schriftverkehrs zwischen dem Mieterverein und dem Jobcenter lassen sich regelmäßig Wenigerausgaben / Einsparungen mindestens in Höhe der gezahlten Jahresbeiträge verzeichnen.

Zu 3. Laut Auskunft des Mietervereins kommt es bei den fast 35.000 **persönlichen** Beratungen, die die dortige Rechtsabteilung jedes Jahr durchführt, lediglich in knapp

3 % aller Fälle zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Gut 97 % der mietrechtlichen Auseinandersetzungen können einvernehmlich geregelt werden.

Auch bei den Fällen der Leistungsempfänger/innen, die beraten werden, gilt diese Quote.

Im Übrigen kommt es fast nie nach der „Erstberatung“ zu einem Prozess. Wird die Gegenseite angeschrieben und zum Beispiel auf Fehler in der Betriebskostenabrechnung oder Mängel der Wohnung und Mietminderungsansprüche hingewiesen, wird in der Regel zunächst geantwortet.

Erst wenn sich nach längerem Schriftwechsel eine Einigung nicht erzielen lässt oder die Gegenseite auf ihrem – mitunter falschem – Standpunkt beharrt, kommt es unter Umständen zu einem Rechtsstreit.

Zu 4. Laut Auskunft des Mietervereins liegen in der Gesamtstatistik Fragen zu Betriebskostenabrechnungen mit 35 % des Beratungsaufkommens seit Jahren an erster Stelle. An zweiter Stelle steht mit ca. 20 % das Thema „Mängel und Mietminderung“.

Bei der Beratung von Leistungsempfängern liegt der Anteil der Prüfung von Nebenkostenabrechnungen bei gut 60 %.

Fragen zu Wohnungsmängeln / Mietminderung machen 30 % aus. Die restlichen 10 % teilen sich auf in die Beratungsthemen Schönheitsreparaturen, Kündigung des Mietverhältnisses usw.

10.8 Mieterberatung in Chorweiler AN/1429/2011

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Verteilung der Fördermittel 2011 - SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit 2323/2011

Frau Wilden stimmt dem Beschluss zu, schließt aber Rubicon für sich aus.

Herr Dr. Krücker nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die im Teilergebnisplan 0504, Zeile 15, „Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen“, veranschlagten Transferaufwendungen für die Förderung der SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit in Höhe von 1.217.900 € wie in Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

11.2 Interkulturelle Projekte und Integrationsprojekte - Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe im Haushaltsjahr 2011 2136/2011

Frau Gärtner stimmt der Vorlage nicht zu. Die CDU sei zwar nicht gegen die Integrationsprojekte, aber gegen die Art der Finanzierung über die Kulturförderabgabe.

Herr Dr. Krücker stimmt zu, teilt aber die Bedenken bei der Art der Finanzierung und wünscht sich in Zukunft einen festen finanziellen Rahmen im Haushalt.

Frau Hoyer erklärt, dass die FDP ebenfalls zustimmen wolle und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es in Zukunft eine andere Art der Finanzierung geben könnte.

Herr Helling erläutert, dass die Kulturförderabgabe eingesetzt sei, um dauerhaft solche Projekte zu fördern. Wenn diese Abgabe nicht komme, seien viele Projekte gefährdet. Er hält die Haltung der CDU für nicht unproblematisch und widersprüchlich, die die Finanzierung für falsch aber die Maßnahme für richtig halte, dann aber keinen anderen Finanzierungsvorschlag vorlege. Auch er hege keine Sympathie für die Art der Finanzierung durch die Kulturförderabgabe, da sie ihm zu unsicher erscheine.

Frau Reker berichtet über eine von der Vorlage abweichende Beschlussfassung durch den Finanzausschuss am 11.07.2011.

Frau Hoyer möchte ohne Rücksprache mit ihrer Fraktion kein Votum abgeben und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Herr Paetzold ruft den geänderten Beschlussvorschlag, wie er gestern im Finanzausschuss beschlossen wurde, zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt das als Anlage beigefügte Konzept „**Interkulturelle Projekte und Integrationsprojekte**“, sowie auf dieser Basis die Verwen-

derung der im Haushaltsplan 2011, Teilplan 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagten Mittel für „Interkulturelle Projekte und Integrationsprojekte“ in Höhe von 200.000 € für die Förderung der nachfolgend aufgelisteten Projekte, Maßnahmen und Träger:

I. Projekte „Kulturdolmetscher“ zur Förderung der Integration durch Stärkung der Herkunftskultur	
- Ausweitung Rucksackprojekte	40.000 €
- Verbesserte Ausstattung des Projektes Integrationslotsen	35.000 €
II. „Menschen ohne Papiere“	60.000 €
III. Interkulturelle Zentren	29.000 €
IV. Förderung von Freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der Interkulturellen Arbeit – Rücknahme von Kürzungen	36.000 €
<u>Gesamt</u>	<u>200.000 €</u>

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der vorgenannten Mittel und trifft die Festlegung, dass die Mittelauszahlung an die Träger unter dem Vorbehalt des Eingangs der Erträge aus der Kulturförderabgabe steht.
Der Finanzausschuss ermächtigt die Kämmerin unter Beachtung des Vorbehaltes zur Freigabe der Mittel in Höhe von 200.000 €. Eine erneute Vorlage zur Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 11.07.2011 ist die Ziffer 2 wie folgt geändert worden.

Ziffer 2, Satz 1 des Beschlussvorschlages soll wie folgt ersetzt werden:

„Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der vorgenannten Mittel. Aufgrund des im Rahmen der Hpl-Beratungen 2010/2011 getroffenen Finanzausschuss-Beschlusses vom 27.09.2010 werden diese grundsätzlich aus der Kulturförderabgabe finanziert. Die Verwaltung wird beauftragt im Haushaltsjahr 2011 eine geeignete Finanzierung der Maßnahme bereitzustellen, die für den Ergebnisplan 2011 aufwandsneutral ist.“

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt Ziffer 1 und schließt sich dem Votum des Finanzausschusses zu Ziffer 2 an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen drei Stimmen der CDU und der Stimme von pro Köln.

Die FDP Fraktion war bei dieser Abstimmung abwesend.

11.3 Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für Köln Chorweiler-Mitte 2538/2011

Frau Hoyer stellt fest, dass die FDP diesem Antrag zustimmen werde, fragt sich aber, was mit den in Chorweiler wohnenden Menschen passiere, wenn das Stadtgebiet saniert wird.

Frau Wilden spricht den Problemverursachern (ohne nähere Erläuterung, wer konkret gemeint sei) die Kompetenz ab, Problemlösungen zu finden, geschweige denn diese umzusetzen. Sie beabsichtige aber, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Frau Gärtner hält den vorliegenden Beschluss für einen ersten Schritt in die richtige Richtung und kündigt für die CDU-Fraktion Zustimmung an.

Für Herrn Helling ist die Beschlussfassung völlig richtig. Allerdings sei dies nicht der entscheidende Beschluss, um das Heuschreckenproblem in Chorweiler zu lösen. Hierfür würden Rat und Verwaltung in noch ganz anderer Weise gefordert werden.

Frau Reker bittet die Mitglieder des Ausschusses Soziales und Senioren um ein einheitliches Signal für den Rat, damit dieser zu weiteren Entscheidungskriterien kommt.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt für das Untersuchungsgebiet Chorweiler-Mitte, begrenzt durch die Straßen Athener Ring, Merianstraße und Willi-Suth-Allee, den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch (vgl. hierzu die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes im Übersichtsplan, Anlage 2).
2. Der Beschluss über den Beginn dieser vorbereitenden Untersuchungen ist entsprechend Anlage 2 ortsüblich bekanntzumachen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen konkrete Handlungsvorschläge zur sozialen Stabilisierung und Stärkung des Untersuchungsraums in bezirkszentraler Lage sowie diesbezügliche Rechtsinstrumente und staatliche Fördermöglichkeiten darzustellen. Nach Erfordernis ist eine entsprechende Gebietsausweisung vorzubereiten (förmliches Sanierungsgebiet, ggf. Stadtumbaugebiet) und zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Aufgrund der Dringlichkeit, infrage kommende Rechtsinstrumente anwenden zu können und ein integriertes Handlungskonzept für Chorweiler-Mitte zu erarbeiten, wird die Verwaltung gebeten, die erforderlichen Gutachtenvergaben kurzfristig zu prüfen und nach Erfordernis bis zu einer Honorarhöhe von 150.000,- Euro zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.4 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2681/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**11.5 Maßnahmenübersicht zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln und überplanmäßige Mittelbereitstellung
1891/2011**

Herr Helling plädiert für ein positives Signal. Obwohl der Ausschuss die Vorlage ohne Votum in den Rat schiebe, solle doch für alle Beteiligten klar werden, dass der Ausschuss den Fortschritt in der Realisierung einer neuen Flüchtlingspolitik begrüße.

Mit Ausnahme von Frau Wilden schließt sich der Ausschuss dem Vorschlag von Hr. Helling an.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt

1. das als Anlage 1 beigefügte Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und den als Anlage 2 beigefügten Zeit/Maßnahmenplan des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser;
2. die Verwaltung mit der Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu beauftragen;
3. zur Finanzierung der im HJ 2011 konsumtiv umzusetzenden Maßnahmen (Punkte 3, 5 und 6 des Konzeptes, Anlage 1) zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 3.120.300 € überplanmäßig im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.
4. zur Finanzierung der im HJ 2011 investiv umzusetzenden Maßnahmen (Punkt 4 des Konzeptes) überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 4.000.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Investitionspauschale, Teilfinanzplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 1, Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen.
5. die Mittelbereitstellung der für 2012 ff erforderlichen Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen entsprechend den Anlagen 1 und 2 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012.

Alternative:

Der Rat beschließt die Durchführung der in Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen zu Punkt 3, 5 und 6 (ohne Punkt 4 – Errichtung von Gebäuden in Fertigbauweise) des Konzeptes und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung unverzüglich in die Wege zu leiten.

Der Rat beschließt hierzu, zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 3.120.300 € im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2011 überplanmäßig bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Der Rat beschließt die Mittelbereitstellung zur Fortsetzung des als Anlage 2 beigefügten Zeit/Maßnahmenplanes zur Weiterführung des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen.

11.6 Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Bürgerhaus Mütze der Mülheimer Selbsthilfe Teestube e.V. 2662/2011

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt für das Bürgerhaus Mütze der Mülheimer Selbsthilfe Teestube e.V. die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Haushaltsjahr 2011 um 13.750 €.

Den Mehraufwendungen für das Bürgerhaus Mütze im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen stehen an gleicher Stelle Wenigeraufwendungen bei Mitteln für die Beschaffungen freier Träger gegenüber.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen.

**11.7 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Änderung des § 2 Abs. 1 Nr. 1b
1580/2011**

Herr Paetzold ruft den ehemaligen TOP 4.1 jetzt unter TOP 11.7 auf.

Frau Hoyer weist darauf hin, dass in der Vorlage der zu ändernde Paragraph falsch angegeben ist. Geändert werden müsse Paragraph § 2.

Herr Paetzold bestätigt den Hinweis von Frau Hoyer.

Herr Ladenberger macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der inhaltlichen Änderung nur augenscheinlich um eine Formalie handle. Der Hintergrund sei aber, dass Menschen, die mit dem Begriff „geistige Behinderung“ kategorisiert werden, diesen Begriff für sich ablehnen. Dieser Begriff sollte auch nicht mehr angewendet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, dass die Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Stadt Köln wie folgt geändert wird. Der § 2 Abs. 1 Nr. 1 b) soll nun lauten:

§ 2 (1) Nr. 1 b) Menschen mit Lernschwierigkeiten und mehrfacher Behinderung,

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss an die Abstimmung gratuliert Herr Paetzold, Herrn Helling im Namen aller Anwesenden zum Erhalt des Bundesverdienstkreuzes. Alle anwesenden Personen applaudieren anhaltend.

Herr Paetzold fragt ob es Anfragen im Nichtöffentlichen Teil gibt. Dies ist nicht der Fall. Damit schließt Herr Paetzold um 19:06 Uhr die Sitzung.

- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**